

Protokollauszug

aus der
27. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 25.01.2017

öffentlich

**Top 6.16 Elektromobilität
16/SVV/0795
geändert beschlossen**

Der **Ausschuss für Finanzen** empfiehlt, dem Antrag mit folgender Änderung **zuzustimmen**:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~dafür Sorge zu tragen, dass der Fuhrpark der LH P bis 2020 auf Elektromobilität umgestellt wird. Dazu ist bei jeder Neuanschaffung zwingend ein E-Mobil anzuschaffen.~~

Die Stadtverordnetenversammlung ist mindestens einmal jährlich über den Umsetzungsstand zu informieren.

gemeinsam mit der SWP GmbH/KFP ein Konzept bis Juni 2017 zu entwickeln und vorzulegen, wie der städtische Fuhrpark zügig, schrittweise und soweit technisch möglich auf Elektromobilität umgestellt wird. Dies schließt die dafür erforderliche Ladesäuleninfrastruktur ein.

Der **Hauptausschuss** schließt sich dem mit einer geänderten Terminstellung – **bis September 2017** – an.

Abstimmung:

Die vom Hauptausschuss empfohlene Terminänderung wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die vom Ausschuss für Finanzen empfohlene Fassung des Beschlusstextes mit der beschlossenen Terminänderung wird zur Abstimmung gestellt:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ~~gemeinsam mit der SWP GmbH/KFP ein Konzept bis September 2017 zu entwickeln und vorzulegen, wie der städtische Fuhrpark zügig, schrittweise und soweit technisch möglich auf Elektromobilität umgestellt wird.~~

Dies schließt die dafür erforderliche Ladesäuleninfrastruktur ein.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **angenommen.**



BESCHLUSS
der 27. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der
Landeshauptstadt Potsdam am 25.01.2017

Elektromobilität
Vorlage: 16/SVV/0795

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit der SWP GmbH/KFP ein Konzept bis September 2017 zu entwickeln und vorzulegen, wie der städtische Fuhrpark zügig, schrittweise und soweit technisch möglich auf Elektromobilität umgestellt wird.
Dies schließt die dafür erforderliche Ladesäuleninfrastruktur ein.**

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

Gemäß § 22 Brandenburgische Kommunalverfassung (BbgKVerf) waren keine Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von der Beratung und Abstimmung ausgeschlossen. Die Übereinstimmung des Beschlusses mit dem Wortlaut in der Niederschrift wird amtlich beglaubigt.

Dem Originalbeschluss wird __1__ Seite beigelegt.

Potsdam, den 30. Januar 2017

Ziegenbein
Leiterin des Büros

Stempel